

# Öffentlich - Privat : neue Aufgabenteilung in der Kriminalitätskontrolle? = Public - Privé : vers un nouveau partage du contrôle de la criminalité?

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Kriminologie = Revue suisse de criminologie = Rivista svizzera di criminologia = Swiss Journal of Criminology**

Band (Jahr): **4 (2005)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Anne-Marie Klopp

## Öffentlich – Privat: neue Aufgabenteilung in der Kriminalitätskontrolle?

Nachbetrachtungen einer Teilnehmerin an der von der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie (SAK) veranstalteten Tagung (Interlaken, 9.–11. März 2005)

Zu einer Zeit, wo der «Markt» der suggerierten Unsicherheit regelrecht boomt und im Zusammenhang dazu die Grenzen zwischen öffentlichem und privatem Raum sich immer mehr verwischen, warf die SAK die Frage auf, inwiefern die Kriminalitätskontrolle sich verwandelt.

Die Grundsatzreferate haben alle folgende Punkte angesprochen:

1. Gesetzesinflation;
2. Einführung, wenn nicht gar Eindringen der Ökonomie in die Welt der Strafrechtspflege und der Polizei;
3. Technologische Invasion.

In der geschlossenen Welt der Strafrechtspflege und der Polizei stehen nunmehr Privatisierung, Rationalisierung, Kosten- und Risikominimierung sowie der bessere Umgang mit den Ressourcen sowohl im menschlichen als auch im materiellen Bereich auf der Tagesordnung. Dass diese Welt endlich aus ihrem Schattendasein herausgeholt und einer Kontrolle unterzogen wird, um Klarheit zu schaffen und Missstände aufzuklären, ist mit Sicherheit berechtigt. Gefährlich wird diese Politik der Öffnung allerdings, wenn sie dazu führt, dass nicht nur diese Welt, sondern auch die immer schwieriger zu umgrenzenden öffentlichen Räume, gar bestimmte private Bereiche (man denke an die Verkaufsflächen des Einzelhandels) ins Visier der expandierenden Kontroll- und Sicherheitsdienste geraten. Behörden, Bürgerinitiativen und Interessengruppen kultivieren und pflegen mit Hilfe der Medien ein Gefühl von allgegenwärtiger Unsicherheit, weil der Bürger angeblich so sehr nach Sicherheit fragen würde. In der Tat werden durch die häufigeren und intensiveren Kontrollmassnahmen mehr Straftaten entdeckt, was zu Veränderungen in der Kriminalstatistik führt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Kriminalität ständig steigt. Wer hat nicht schon vom Dunkelfeld gehört?

Die Zeit, in der man sich auch im öffentlichen Raum zurückziehen konnte, ist vorbei. Anhand von Kameras – die zwar nach aussen hin «objektiv» aber im Endeffekt doch sehr «subjektiv» sind (sie müssen programmiert und die Aufnahmen ausgewertet werden) – werden sowohl öffentliche als auch private Räume überwacht. Der Geograph, Jean Ruegg, verwies auf in Bussen installierte Kameras. Eltern würden gerne die Filme sehen wollen, um das Verhalten ihrer Kinder zu beobachten. Weiss eigentlich der durchschnittliche Bürger, dass kleine Kameras auch grosse Flächen erfassen können? Wie soll er auch die vielfältigen Informationen und Bilder verarbeiten, die er über Zeitungen und Fernsehen konsumiert? Wird hiermit die öffentliche Meinung nicht zur «veröffentlichen Meinung»? Dadurch hat die Politik ein leichtes Spiel und kann bei dem expandierenden Unsicherheitsmarkt mitmischen.

Wie der deutsche Strafrechtler Detlef Krauss betont hat, bedeutet ein Mehr an Sicherheit weniger Freiheit. Diese Sicherheitsmassnahmen führen zu einer Inflation nicht nur der gesetzlichen Normen, sondern auch der Kosten – seien sie menschlicher oder technischer Art – dies zu einer Zeit, wo die staatlichen Ressourcen immer weniger werden. Diese Situation löst ein grosses Unbehagen bei denjenigen aus, die für das staatliche Monopol der Kriminalitätskontrolle plädieren (man denke hier an den Kriminologen André Kuhn, der sechsmal nein zu der Privatisierung des Strafvollzugs sagt). Der Staat alleine kann die Freiheit einschränken und aus finanziellen Gründen müssen die neu gebauten Strafanstalten gefüllt werden, um rentabel zu bleiben!

Günter Stratenwerth und Detlef Krauss, beide emeritierte Strafrechtler, haben vor allgemeiner Sorglosigkeit seitens des Gesetzgebers, Unterminderung der Unschuldvermutung (Stratenwerth) bzw. von «Vergesellschaftlichung» der Sicherheit gewarnt. Kriminalität erscheint immer mehr wie ein «öffentliches Gut» (Krauss).

Die konkreten Beispiele, die dargestellt worden sind, zeigen auf, wie mannigfaltig und gleichzeitig perniziös manche Aspekte sein können:

1. Das Electronic-Monitoring wurde als ein besonders vorteilhaftes Projekt für die betroffenen Straffälligen «verkauft». Die betroffene Person (meistens ein Familienvater) könne ihre Arbeitsstelle behalten, häufiger zu Hause sein und sich damit besser am Haushalt beteiligen. Die Strafe sei auf die Bedürfnisse des Betroffenen zugeschnitten.
2. Der Vertreter einer Sicherheitsgesellschaft hat behauptet, es gäbe keine Differenzen zwischen Öffentlich und Privat; man ergänze sich doch. Für ihn geht es um Wirksamkeit und Effizienz. Als Verkäufer der Ware «Sicherheit» hat er natürlich für einen guten Absatz seines Produkts zu sorgen.
3. Als Gegenbeispiel hat Nicky Padfield aus der Universität Cambridge die Situation der privatisierten Justizvollzugsanstalten im Grossbritannien als besonders besorgniserregend beschrieben. Marktwirtschaftliches Denken herrsche vor. Es bestünde so gut wie keine Möglichkeit, eine Kontrolle durchzuführen. Es gäbe viele Hindernisse und die Verträge seien oft undurchsichtig. Sie stellte drei Fragen, die uns alle angehen:
  - a. Ist die Dichotomie zwischen Öffentlich und Privat heute noch sinnvoll?
  - b. Machen uns die finanziellen Vorteile der Privatisierung blind?
  - c. Möchte ich einfach nicht mit dem Strom der Zeit schwimmen?
4. Auffallend war in dieser Landschaft der scharfen Gegensätze die Darstellung des Projekts «Haus Bethlehem». Dieses Haus nimmt Straffällige auf, die sich in Halbgefängenschaft befinden. Da der dort tätige Sozialdienst kein staatlicher Sozialdienst ist, wird er nicht als repressiv wahrgenommen. Dieses Projekt wurde mit einem grossen Spielfeld verglichen:
  - a. Die Mitarbeiter/innen befinden sich in professioneller Nähe zu den Straffälligen und sorgen dafür, dass die Spielregeln eingehalten werden.
  - b. Die besagten Spielregeln werden ausgehandelt.
  - c. Der Straffällige kann selbst auswählen, was er tut oder auch nicht tut.

Diese Wohngemeinschaft lässt Raum für Ver-

einbarungen zu. Jede(r) wird auf seine Position verwiesen und trägt Verantwortung für sich.

Wer am Kongress teilgenommen hat, wird gemerkt haben, dass bis jetzt zwei Themen nicht erwähnt worden sind und zwar die:

1. der Gewalt gegen Frauen und
2. der Wirtschaftskriminalität.

Zweifellos ist das zweite Thema ein besonders relevantes Thema, da die Wirtschaftskriminalität sehr hohe, sowohl menschliche als auch finanzielle Schäden anrichtet. Gleichzeitig ist es sehr «delikat». Daher bemühen sich viele Unternehmer durch Selbstregulierung Herren ihrer Probleme zu werden. Im Schatten der bequemen Chieffessel wird alles Erdenkliche ausgedacht und gemacht, um Rufschädigung vorzubeugen. In diesem Kontext ist auf einen Schlüsselbegriff hinzuweisen: den der «Hybridation» (Vermischung). Sie beruht darauf, dass der Staat:

1. darauf verzichtet, Regeln aufzuzwingen, da die Unternehmen sich selbst regulieren
2. Private Aufgaben delegiert, die eigentlich ihm zustehen.

Das Thema der Gewalt gegen die Frauen wurde früher unter dem Scheffel der häuslichen, gar rein privaten Sphäre gehalten. Aufgrund einer veränderten Wahrnehmung des Problems wurde aus einem Antragsdelikt ein Offizialdelikt. Bedenkt man, dass Opfer nun schneller dazu bereit sind, Ordnungshüter zu Hilfe zu holen, wird mehr angezeigt. Der Staat begibt sich jetzt in die bis dato als heilig geltende Privatsphäre der Einzelnen. Die Meinungen darüber sind sehr geteilt. Denn welches Bild der Frau verbirgt sich dahinter? Besteht nicht die Gefahr, die Frau zu einer besonders verletzbaren Person zu machen, die nicht in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen?

### **Einige Schlussbemerkungen**

Die Frage, ob die Dichotomie öffentlich/privat das eigentliche Problem ist, ist berechtigt. Hinter der Aufgabenübertragung verbergen sich nicht nur ein erhöhter Bedarf nach mehr Wirtschaftlichkeit und einem effizienter Einsatz der pekuniären und menschlichen Ressourcen, sondern auch eine neue Umgangsform mit Beziehungs- oder Gesellschaftsproblemen. Heute wird die einzelne Bürgerin bzw. der einzelne Bürger dazu aufgefordert, für sich selbst Verantwortung zu tragen und zu sorgen. Nicht nur

greift der Staat auf private Dienstleistungen zurück, um die erhöhten Sicherheitsbedürfnisse einigermaßen zu befriedigen, sondern er erwartet auch, dass die Bürgerin, der Bürger sich an einer universellen Präventionskampagne beteiligt, um sämtlichen möglichen Risiken vorzubeugen, denen sie/er und die Gesellschaft ausgesetzt sein könnten.

Zu wünschen ist, dass aus der finanziellen Not keine menschliche Katastrophe wird, in der jede/r nur auf sich selbst angewiesen bliebe. Die finanzielle Not und das Geschäft mit der Si-

cherheit dürfen nicht von den staatlichen Verantwortlichen und den privaten Diensten als Vorwand genommen werden, um sich aus der Verantwortung zu ziehen bzw. Gewinne zu erzielen, was in beiden Fällen das Wohlergehen der BürgerInnen und ihre Belange in den Hintergrund rücken liesse.

**Anne-Marie KLOPP**

*info@europaforum-kriminalpolitik.org*

Delphine Pittet, Raphaël Brossard

## Public – privé: vers un nouveau partage du contrôle de la criminalité?

Compte-rendu du congrès du Groupe suisse de criminologie (Interlaken, 9–11 mars 2005)<sup>1</sup>

Par les prérogatives qui lui sont attribuées, l'Etat peut s'arroger des compétences incombant normalement aux citoyens et privatiser certaines de ses obligations. Ce transfert de compétences s'opère sur trois axes reliant les entités «Etat», «citoyens» et «secteur privé». L'espace peut aussi être réinventé: les gares, les centres commerciaux sont des complexes immobiliers importants, privés ou fortement privatisés et où la force publique peine à trouver sa place et délaisse volontiers sa tâche à d'autres.

La crainte de la criminalité provient-elle en partie de la publicité des entreprises de sécurité privées qui, par les solutions qu'elles offrent, font naître un sentiment d'insécurité là où il n'est pas toujours présent? On crée un besoin psychologique et les lacunes en termes de statistiques de la criminalité provoquent un processus de persistance du phénomène. Dès lors, en cas d'absence d'ordre public liée à certains contextes et milieux précis, le citoyen en vient à organiser lui-même sa sécurité. Par conséquent, nous touchons là à l'un des risques majeurs de «community policing», soit la délégation de la force publique à la communauté.

L'apparition de la sécurité privée a provoqué une hausse des acteurs engagés et entraîné des problématiques insoupçonnées: on assiste à une baisse de la tolérance des comportements asociaux ou antisociaux et les demandes de protection affluent de victimes organisées ou non. Pour faire face à ces besoins, les assermentations d'agents privés sont toujours plus nombreuses (en France, à la régie autonome des transports parisiens, la «RATP», on est passé en quelques années de 100 à 1300 agents de sécurité privés). Ces derniers ont des pouvoirs et les utilisent, entraînant parfois leur propre victimisation, renforçant encore l'existence d'un contentieux et le sentiment d'insécurité. On se trouve dans une sorte de «spirale (in)sécuritaire» provoquée par la volonté de la combattre.

Cependant, au-delà de ce constat sociologique, il ne faut pas oublier que les systèmes de

sécurité privés et publics se complètent, sans se faire concurrence. Les premiers soulagent les seconds, renforçant l'engagement en terme de rapidité, contribuant à la prévention générale d'actes délictueux. Le secteur privé est actuellement aussi sérieux et organisé que le système étatique mais le succès d'une réelle collaboration passe par un échange d'informations, de formations dont les bases sont existantes mais demandent encore à être optimisées.

Les intérêts privés et publics ne sont pas toujours convergents. Ainsi, ces dernières années, nous avons pu assister à une évolution de la justice pénale en Suisse. Les raisons qui ont présidé à ce développement résident principalement dans les pressions internationales massives et l'opportunité politique, dictées dans une large mesure par les thèmes dominant l'opinion publique.

L'un des problèmes réside dans le recours aux autorités pour dénoncer des infractions commises dans le cadre privé, notamment en ce qui concerne la violence domestique ou la criminalité économique. Dans les deux cas, des sondages ont montré que la majorité des infractions restent inconnues de la police. Selon un sondage de victimisation réalisé en Suisse, la majorité des actes de violence restent inconnus des autorités de poursuite pénale. Si les victimes se tournent vers la police pour dénoncer les actes de violence subis, cela ne signifie pas pour autant qu'elles porteront plainte contre l'auteur des méfaits. Depuis le 1<sup>er</sup> avril 2004, la violence physique ou sexuelle exercée contre un conjoint ou un partenaire est poursuivie d'office et n'est plus simplement tolérée, sous prétexte qu'elle ne serait que d'importance mineure ou qu'elle

<sup>1</sup> Le présent compte rendu n'a qu'un but d'information. Pour le détail des conférences, on se référera aux actes: Nadja Capus, Ursula Cassani, Sandro Cimichella, Niklaus Oberholzer, *Öffentlich – Privat: Neue Aufgabenteilung in der Kriminalitätskontrolle?/Public – privé: vers un nouveau partage du contrôle de la criminalité?* Verlag Rüegger, Zürich, 2005.

relèverait de la sphère privée. En s'immiscant dans la sphère intime des individus, le droit pénal doit pouvoir intervenir pour faire cesser la violence et la dépendance au sein du couple. La qualification de délit poursuivi d'office permet non seulement de faire sortir ces conflits de la sphère privée, mais aussi de renforcer la protection des victimes et d'intervenir plus tôt en cas de crise.

En ce qui concerne les personnes morales, sur la base d'un sondage mondial, près de 3500 entreprises de 50 pays différents ont été interrogées sur les problèmes de criminalité au sein des entreprises. Les résultats démontrent que moins de 20% d'entre elles se tournent vers les autorités pour résoudre les délits dont elles sont victimes en leur sein. Les entreprises préfèrent la plupart du temps régler les problèmes de manière interne plutôt que de dénoncer les infractions. A l'heure actuelle, il faut bien avouer que lorsque les entreprises dénoncent l'affaire à la police, la vitesse d'élucidation est lente et les autorités manquent bien souvent de moyens performants permettant de constater l'infraction.

La question de la privatisation de l'exécution des peines est également d'actualité. Tenant compte que, d'une part, les coûts liés à l'exécution des peines sont devenus très élevés et que, d'autre part, les budgets publics montrent des déficits de plus en plus importants, certains politiciens suisses lancent un appel à la privatisation. Ils proposent en outre une forme spéciale de délégation consistant dans le transfert de l'exécution des peines à l'étranger pour les détenus étrangers. A cela certains répondent que le secteur privé obéit à la loi de la maximisation des profits et, en cas de privatisation des établissements pénitentiaires, l'intérêt privé résiderait dès lors à maintenir un maximum de détenus en prisons. Privatiser reviendrait donc à pousser le taux de détention vers le haut, engendrant ainsi la nécessité de construire de nouveaux établissements pénitentiaires. Selon les opposants à une privatisation du secteur pénitentiaire, il serait en outre moralement inacceptable que l'Etat assure des profits à des entreprises privées sur la base d'un droit qui lui revient par excellence. Que l'économie privée soit capable de tirer des bénéfices de l'industrie carcérale est une chose, diminuer les dépenses publiques en est une autre. Le progrès a historiquement consisté à retirer le droit de sanctionner aux privés pour l'attribuer au secteur

public. L'Etat doit garder en main ce pouvoir régaliens qui est celui du monopole de la puissance publique, en particulier pour l'usage de la force publique. La privatisation accrue de la sécurité peut nuire au monopole de l'Etat, notamment dans le domaine pénitentiaire. Par contre, l'idée de privatiser la construction d'établissement et la gestion de certains secteurs, sous conditions et dans un cadre donné, est envisageable. Nicky Padfield porte un regard critique sur la privatisation des prisons en Angleterre et au Pays de Galles. De nombreuses difficultés subsistent non seulement en ce qui concerne la récolte des données, mais aussi en ce qui concerne l'évaluation de l'efficacité. Les avantages perçus de la privatisation doivent être constamment réexaminés et les dangers d'une privatisation effrénée doivent être rappelés.

Une variante moins coûteuse que l'enfermement consiste à développer de manière conséquente les alternatives aux peines privatives de liberté. Pour le condamné qui doit se soumettre à l'exécution d'une peine, il faut entreprendre des efforts ciblés, pour que les buts du législateur, à savoir la diminution du danger de récidive et la meilleure resocialisation possible, soient atteints. Une des formes alternatives à l'exécution des peines, à savoir les arrêts domiciliaires, a été testée dans six cantons suisses, pendant trois ans sous la forme d'essai pilote. Les résultats des études ont montré un accroissement de la qualité de la vie familiale en général en dépit du caractère pénal de la sanction. Cette forme possible d'exécution des peines privatives de liberté a donc donné des résultats encourageants et pourrait être perçue à plus large échelle comme une alternative à la prison.

La semi-liberté dans les foyers gérés par des associations privées est possible déjà dans le foyer Bethlehem à Wangen. Cet établissement accueille aussi bien des personnes dépendantes (toxicomanes ou alcooliques) que des escrocs, des délinquants primaires ou des délinquants sexuels. Si ce modèle a des effets qui varient selon les différents protagonistes, il semble que cette forme d'exécution n'est ni meilleure ni pire, ni plus efficace ni moins efficace que dans une institution étatique.

Le contrôle social de la criminalité est un puzzle dont le nombre de pièces, privées ou publiques, ne cessent d'augmenter ou de varier. On retrouve cette image dans la lutte contre la délinquance économique et financière où la Suisse

a misé d'abord sur l'effort d'autorégulation des acteurs privés. Une collaboration avec le secteur financier privé est une nécessité afin de garantir une place financière propre même si ceci engendre un contrôle à distance et parfois tardif de l'Etat. L'an dernier, les investigations ont été particulièrement nombreuses (+ 75% par rapport à 2003) mais on peut se demander, en cas d'infractions, si les sanctions suisses sont de nature à prévenir la récidive: selon les statistiques du bureau de communication en matière de blanchiment d'argent (MROS), entre le 1<sup>er</sup> avril

1998 et fin 2004, seules 1,7% des communications de soupçons transmises aux autorités de poursuite pénale ont donné finalement donné lieu à une décision de condamnation.

***Delphine PITTET et Raphaël BROSSARD***

*Droit pénal et criminologie*

*Université de Fribourg*

*delphine.pittet@unifr.ch*

*raphael.brossard@unifr.ch*